



BLAUER BOTE

IHRE ZEITUNG FÜR DIE HAUPTSTADT · AUSGABE HERBST 2023



Landesverband
Berlin

Heizhammer stoppen!

Habecks
Wärmepumpen-
Ideologie
Seite 2



Foto: stock.adobe.com, Studio Harmony

Ein Central Park für Berlin

Potenzial für das
Tempelhofer Feld.
Seite 2/3 Fraktionsteil



Foto: Hauptstadtfraktion

Wohnungsbau

Sozialwohnungen
ausschließlich für
"Flüchtlinge"?
Seite 3



Foto: stock.adobe.com, BillionPhotos.com



Hände weg von der Staats- bürgerschaft!

**UNTER-
ZEICHNEN
SIE DIE
PETITION
HIER ONLINE:**

<https://haende-weg-von-der-staatsbuergerschaft.de>



Foto: Hauptstadtfraktion

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen Ausländer noch schneller eingebürgert werden können als bisher. So sieht es das neue Gesetz zum Staatsangehörigkeitsrecht vor. Viele Bürger fragen sich zu Recht: Warum wird immer einfacher und immer schneller eingebürgert, wer vielleicht gar nicht zu uns passt?

Schon jetzt erreicht die Zahl der Einbürgerungen ein Rekordhoch. Deutschland hat im vergangenen Jahr 168.500 Menschen eingebürgert. Das ist die höchste Zahl seit über 20 Jahren.

48.300 Syrer machten 2022 mit einem Anteil von 29 Prozent die größte Gruppe der Eingebürgerten aus – mehr als doppelt so viele wie 2021. Sie waren im Schnitt 25 Jahre alt, zu zwei Dritteln männlich und hielten sich seit knapp sechs Jahren in Deutschland auf.

Diese Zahlen zeigen, wer von den Plänen der Ampel-Koalition vornehmlich profitieren könnte: Millionen von Zuwanderern, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind. Viele von ihnen kamen illegal. Ihnen wäre dann

grundsätzlich auch die doppelte Staatsbürgerschaft erlaubt.

Die Bundesregierung darf die Hürden zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft nicht weiter absenken. Die Aussicht auf eine Einbürgerung bereits nach drei Jahren wird den schon heute nicht mehr zu bewältigenden Migrationsdruck noch weiter erhöhen und die ohnehin längst überstrapazierten Kapazitäten des Landes Berlin überlasten.

Mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft sind eine Reihe von Rechten verbunden – wie Wahlrecht, Beamtenstatus, Schutz im Ausland oder Visafreiheit in vielen Ländern. Die Bürgerrechte garantieren u. a. Versammlungs-, Vereinigungs- und Berufsfreiheit.

Diese Rechte dürfen nicht leichtfertig und mehr oder weniger voraussetzungslos an immer mehr Menschen vergeben werden. Vielmehr setzt die Verleihung der Staatsbürgerschaft eine ehrliche Identifikation mit den Werten unseres Landes und seiner Kultur voraus.

Die Aussicht auf eine Einbürgerung schon nach drei Jahren führt zu überstrapazierten Kapazitäten des Landes Berlin.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land Berlin diesem Plan widerspricht und das Gesetz der Ampel im Bundesrat zum Scheitern bringt. Bitte unterstützen Sie uns dabei!

~KRISTIN BRINKER

Nur wir stoppen den Heizhammer!

Die flächendeckende Umstellung auf Wärmepumpen schadet Wirtschaft und Gesellschaft



Foto: stock.adobe, Oleg

Das jüngste Vorhaben des grünen Märchenonkels Robert Habeck – der "Heizhammer" – sorgt nur noch für Kopfschütteln. Der "Heizhammer" ist sein Versuch, den CO₂-Ausstoß in Deutschland radikal zu reduzieren, um den „Klimawandel zu bekämpfen“.

Unabhängig von der Sinnhaftig- oder Realisierbarkeit des 1,5-Grad-Dogmas, ist festzustellen, dass die Grünen einseitig auf eine Technologie setzen, die nicht ausgereift ist und in der Praxis gravierende Mängel aufweist.

Die Idee dahinter: Fossile Heizungsanlagen in deutschen Haushalten sollen

durch energieeffiziente Wärmepumpen ersetzt werden. Insbesondere in älteren Gebäuden mit unzureichender Dämmung können jedoch Wärmepumpen die Räume nicht ausreichend beheizen und führen zu einer Verschlechterung des Wohnkomforts.

Die Zwangsumstellung von Heizungsanlagen wird viele kleine Handwerksbetriebe in den Ruin treiben.

Die flächendeckende Umstellung auf Wärmepumpen ist ein enormer finanzieller Kraftakt für viele Hauseigentümer.

Die Kosten für den Einbau einer solchen Anlage sind fünfstellig – Investitionen, die zusätzlich zu anderen Belastungen und der hohen Inflation für Millionen schlicht nicht zu stemmen sind.

Dazu kommt die unzureichende Versorgungssicherheit. Die Energieeffizienz der Wärmepumpen hängt von der Verfügbarkeit erneuerbarer Energien, die nicht grundlastfähig sind, ab.

Doch was passiert, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht? Die Menschen sollen dann wohl im Kalten sitzen und auf Warmwasser verzichten?

Habecks Heizhammer-Initiative stößt auch in der Wirtschaft auf massive Kritik. Die Zwangsumstellung von Heizungsanlagen wird viele kleine Handwerksbetriebe in den Ruin treiben, die auf den Service und die Wartung von Öl- und Gasheizungen spezialisiert sind.

Die AfD warnt seit Langem vor den Konsequenzen dieser viel zu teuren, an sich falschen und einseitigen Klimarettungspolitik, die alle Politikbereiche den ideologischen unsinnigen Pariser Klimazielen unterordnen will und die alle anderen Parteien mittragen. Der "Heizhammer" ist eine Holzhammer-Methode und schadet der Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland. Nur die AfD will und kann das stoppen!

~FRANK-CHRISTIAN HANSEL

Der Wind dreht sich

Wir brauchen jetzt einen Politikwechsel!

Im Landkreis Oder-Spree (Brandenburg) war der Landratskandidat der AfD in der Stichwahl am 14. Mai mit 47,6 Prozent noch knapp unterlegen. Am 25. Juni war es dann so weit: Im thüringischen Landkreis Sonneberg wurde gegen eine unheilige Allianz aus CDU, Linkspartei, SPD, Grünen und FDP erstmals ein AfD-Kandidat zum Landrat gewählt.

Die Beispiele zeigen: Die Bürger wollen, dass die AfD Regierungsverantwortung übernimmt.

Derweil treibt das Abgrenzungstheater der um ihre Pfründe besorgten Kartellparteien immer absurdere Blüten.

Der als Kampf von Gut gegen Böse hochstilisierte Versuch der Blockflöten, die AfD kategorisch von der Macht auszuschließen, wird zunehmend zur Belastung für unsere Demokratie.

Denn warum soll nicht auch in Deutschland möglich sein, was in vielen anderen europäischen Ländern problemlos funktioniert, nämlich, dass eine konservative Partei Regierungsverantwortung übernimmt?

Die etablierten Parteien haben bei der Lösung der Probleme in Deutschland eklatant versagt. Jetzt ist es Zeit für einen Politikwechsel. So funktioniert Demokratie!

~MARTIN TREFZER



Foto: Stock-Adobe, Brilliant Eye

Staatsbürgerschaft im Schnellverfahren

Voraussetzungen für Einbürgerung sollen vereinfacht werden

Deutschland verramscht seine Staatsbürgerschaft – und das nicht nur auf Bundesebene: Am 1. Januar 2024 soll ein diversitykompetentes Landeseinbürgerungszentrum LEZ alle Staatsangehörigkeitsangelegenheiten von den Berliner Bezirksämtern an sich ziehen. Die Zahl der Einbürgerungen soll von jährlich 7.000 auf 20.000 nach oben katapultiert werden. Zuvor will das LEZ sich digitalisiert haben und ungeahnte Synergien erzeugen. Die rot-grüne Idee, mit den Neubürgern neue Wählerschichten zu generieren, stammt vom geschassten Senat Giffey. Der Senat Wegner und seine CDU machen dort weiter, wo die Wahlverlierer im Februar aufgehört haben.

Auf Bundesebene leistet Innenministerin Nancy Faeser die Vorarbeit, indem sie fast alle Voraussetzungen für einen deutschen Pass zurückfährt. So werden statt acht nur noch fünf Jahre Aufenthalt in Deutschland gefordert. Bei besonderen Integrationsleistungen wird auch nach drei Jahren eingebürgert.

Nun trifft der schlaue Plan zur Gewinnung neuer Wählerschichten auf

den Berliner „Schlamp-Faktor“ (Thilo Sarrazin). Im Klartext: Der Senat hat kein Übergangskonzept. Die Bezirke wissen seit Langem, dass ihnen die Bearbeitung der Einbürgerung entzogen wird. Also werden keine neuen Anträge mehr angenommen und alte kaum noch bearbeitet. Zudem wandert das Fachpersonal in den Bezirksämtern ab, da niemand weiß, wer ab Januar im LEZ übernommen wird.

- Einbürgerung nach fünf statt acht Jahren
- Aufenthalt in Deutschland und bei besonderen Integrationsleistungen sogar schon nach drei Jahren

So sieht es aus, wenn eine „einbürgerungsfreundliche Entscheidungspraxis“ mit Berliner Konzeptlosigkeit kollidiert. Der Verlierer ist immer der Bürger, ob Personal oder Antragsteller. Wer nur Sieger will, muss beim nächsten Urnengang die AfD wählen.

HUGH BRONSON

Folgen Sie der Hauptstadtfraktion in den Medien und nehmen Sie Kontakt auf:

-  +49 30 23 25-2622
-  info@afd-fraktion.berlin
-  afd-fraktion.berlin
-  twitter.com/afdfraktionagh
-  facebook.com/AfDFraktionAGH
-  [youtube.com/c/AfDFraktion AbgeordnetenhausBerlin](https://youtube.com/c/AfDFraktionAbgeordnetenhausBerlin)
-  instagram.com/afdfraktionagh
-  tiktok.com/@hauptstadtfraktion



Abonnieren Sie unseren Newsletter

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
V.I.S.D.P. Andreas Heinzgen **TELEFON** 030 2325-2640 **E-MAIL** info@afd-fraktion.berlin
Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

Schulen: AfD-Anfrage stoppt fragwürdige Personalpolitik

Zum Schuljahr 2023/24 können 1.500 Lehrerstellen nicht besetzt werden, im Schnitt zwei pro Schule. An mancher Schule mit über 90 Prozent Ausländeranteil fehlen sogar sechs Lehrer.

Der Senat verhängte deshalb für Schulen mit einer Personalausstattung von über 96,3 Prozent einen fatalen Einstellungsstopp. Begründung: Der Mangel müsse gleich verteilt werden.

Folge: Bewerber flüchteten in andere Bundesländer. Nach einer parlamentarischen Initiative der AfD-Fraktion musste der Senat das Einstellungsverbot aufheben.

Gegen den Lehrermangel setzt die AfD u.a. auf die Schaffung einer Laufbahn für Ein-Fach-Lehrer, den Einsatz von Headhuntern, Studienstipendien und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Politik hat den Schulen und Lehrern immer neue Aufgaben wie Inklusion oder Integration von Flüchtlingskindern aufgebürdet, aber nie an die notwendigen personellen Ressourcen gedacht. Die bildungspolitischen Hausaufgaben (Lehrerbildung und Schulbau) wurden vernachlässigt. Deshalb jetzt: mehr Pragmatismus, weniger Ideologie!

THORSTEN WEIB



Ein „Central Park“ für Berlin

Das Tempelhofer Feld kann zu einem neuen grünen Juwel für die Hauptstadt werden

Berlin gilt als die pulsierende Hauptstadt Deutschlands mit einer reichen und wechselhaften Geschichte. Inmitten dieses urbanen Zentrums liegt das Tempelhofer Feld, ein Ort, der eine bedeutende Rolle in der Vergangenheit Berlins gespielt hat und das auch in Zukunft wieder tun könnte.

Im Jahre 2014 haben die Bürger ein klares Votum abgegeben: Das Tempelhofer Feld darf nicht bebaut werden, weder ganz noch teilweise oder auch nur am Rand. Diese klare Entscheidung gilt es ernst zu nehmen. Doch entbindet diese Entscheidung die Politik und Verwaltung nicht davon, das Tempelhofer Feld im Sinne von Natur, Umwelt und damit auch im Sinne der Bürger weiterzuentwickeln.

Als AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus nehmen wir den Bürgerwillen ernst, aber auch gleichzeitig unsere Verantwortung wahr und wollen das Tempelhofer Feld zu einem Berliner „Central Park“ und so zu einem Ort für alle Berliner machen:

- ➔ mit einem bewaldeten Bereich
- ➔ weiteren Anstrengungen und Maßnahmen zur Steigerung der Biodiversität – denn auch hier ist noch deutlich Luft nach oben
- ➔ einer Zone für Familien mit Abenteuerspielplatz der neuesten Generation
- ➔ einem öffentlichen Sportbereich
- ➔ künstliche Seen oder Springbrunnen müssen auch in die Überlegungen einbezogen werden

Mit einer Mischung aus klassischer Parklandschaft, offener Erholungsfläche und einem klaren Konzept zur Verbesserung des Natur- und Artenschutzes kann das Tempelhofer Feld endlich sein volles Potenzial entfalten, ohne dabei gleichzeitig seinen Charakter zu verlieren.

Ein Teil dieses neuen Konzeptes kann auch die Schaffung einer neuen zentralen Veranstaltungs- und Freifläche

sein, wie es sie in vielen Städten weltweit gibt. Ähnlich könnte eine dafür vorgesehene Freifläche auf dem Tempelhofer Feld als Austragungsort für verschiedene Events und Volksfeste dienen, die das kulturelle Leben Berlins bereichern, das Gemeinschaftsgefühl fördern und Touristen anziehen – natürlich immer im Einklang mit einem entsprechenden Parkkonzept, um den Erholungscharakter der Parkanlage nicht zu beeinträchtigen.

- **Wir wollen diesen Prozess mit Ihnen gemeinsam im Rahmen eines breiten Bürgerbeteiligungsprozesses durchführen.**

Diese Kombination aus grüner Parkanlage und Veranstaltungsfläche kann das Tempelhofer Feld zu einem einzigartigen und lebendigen Ort machen und gleichzeitig Raum für Erholung und Naturerlebnis bieten.

Diese Entwicklung darf aber nicht von oben herab oder in irgendwelchen Hinterzimmern geschehen. Daher wollen wir diesen Prozess mit Ihnen gemeinsam im Rahmen eines breiten Bürgerbeteiligungsprozesses anstoßen.

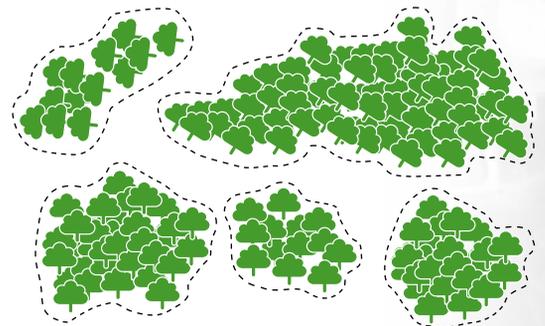
Denn: Wir wollen, dass sich hier alle Berliner Bürger wohlfühlen und mitreden dürfen.

Es ist Zeit, gemeinsam die Weichen für eine lebenswertere Metropole zu stellen.

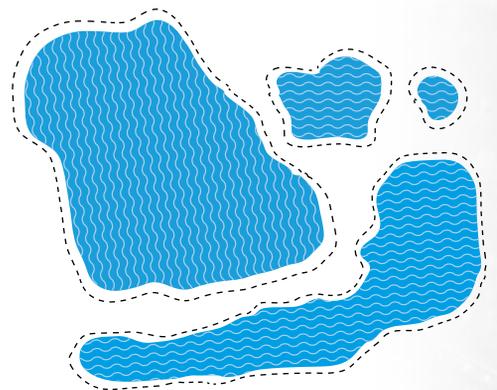
Die Umgestaltung des Tempelhofer Feldes kann dazu einen Beitrag leisten.

ALEXANDER BERTRAM

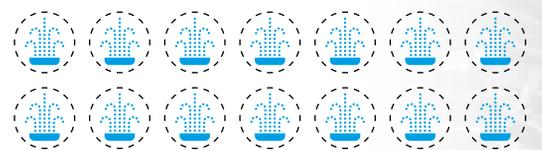
BEWALDUNG



KÜNSTLICHE SEEN



SPRINGBRUNNEN



SPORTARTEN FÜR BEREICHE



**Schicken Sie uns
Ihre Ideen für das
Tempelhofer Feld:**

machmit@zentralpark.berlin

Abonnieren Sie unseren Newsletter!



Ausgabe Herbst 2023 | Seite 3



Kiezblocks sind keine Alternative

Nebenstraßen versinken im Verkehrschaos



Foto: stock.adobe, Herrich

Was sind eigentlich Kiezblocks? In Kiezblocks soll der Durchgangsverkehr aus Nebenstraßen verdrängt werden. Dafür werden Kreuzungen mit Pollern für den Autoverkehr gesperrt.

Auf den ersten Blick grundsätzlich begrüßenswert, dass Kinder sicherer spielen und ältere Menschen mit Rollatoren ungefährdet laufen können.

Auf den zweiten Blick aber zeigen sich die Probleme: Solange der ÖPNV nicht wirklich für alle eine Alternative darstellt,

werden auch weiterhin viele Anwohner ihr Auto morgens benutzen und aus dem Kiez fahren müssen. Dabei führen die abgesperrten Straßen zu unsäglichen Umleitungen und deutlich mehr Fahrtstrecke. Der Durchfahrtsverkehr bahnt sich seinen Weg durch andere Nebenstraßen oder umfährt die Poller auf dem Bürgersteig. Handwerker oder Pflegedienste werden ausgebremst.

Deshalb haben sich beispielsweise im „Bellermann Kiez“ oder im „Komponis-

tenviertel“ viele Bewohner gegen Kiezblocks ausgesprochen.

Was tun? Nun das Hauptproblem – der Durchgangsverkehr der kein eigenes Ziel im Kiez hat – muss dadurch verhindert werden, dass man dem Verkehr klare und flüssige Achsen anbietet. Kein Autofahrer fährt freiwillig durch kleine Anwohnerstraßen, wenn er stattdessen funktionierende Hauptverkehrsstraßen nehmen kann.

- **Der Durchfahrtsverkehr bahnt sich seinen Weg durch andere Nebenstraßen oder umfährt die Poller auf dem Bürgersteig**

Bestes Beispiel: Solange der Schlangenhader Tunnel geöffnet war, hatten die Anwohner ruhige Straßen; nach Schließung des Tunnels wühlt sich der Verkehr durch den Kiez und Straßen wie die Sodener oder Dillenburger Straße versinken im Verkehrschaos.

Deshalb spricht sich die AfD grundsätzlich gegen Kiezblocks aus und will den Durchfahrtsverkehr auf klaren Hauptverkehrsachsen um Wohngebiete herumführen.

ROLF WIEDENHAUPT

Sonderschulden statt Sondervermögen

Taschenspielertrick der Berliner CDU-SPD-Koalition

Stellen Sie sich vor, Sie gehen zu Ihrer Hausbank und wollen für verschiedene Anschaffungen und Sanierungen in Ihrer Wohnung einen Kredit. Zuerst würde geprüft, ob Sie bereits andere Zahlungsverpflichtungen und Schulden haben und ob Ihr Einkommen ausreichend hoch ist, Zinsen und Tilgungsraten zu bedienen. Weiterhin müssten Sie Sicherheiten in Form von Kontengeld, Bürgschaften oder Hypotheken liefern. Die Hürden für einen Kredit sind hoch.

Ganz anders soll es beim Berliner Landeshaushalt laufen. Die neue Koalition unter Führung der CDU will die Schuldenbremse mithilfe einer „Klima“-Notlage aushebeln und zusätzliche Kredite von bis zu zehn Milliarden

Euro aufnehmen – und das beim aktuell höchsten Schuldenstand aller Zeiten von 67 Milliarden Euro. Wenn Ihnen bei diesen Zahlen noch nicht schwindlig geworden ist – es geht noch mehr.

- **Berliner CDU-SPD-Koalition gibt dem Kind einfach einen anderen Namen und nennt die geplanten zehn Milliarden Euro „Klima“-Sondervermögen.**

Die landeseigenen Unternehmen schlagen zusätzlich mit ca. 23 Milliarden Euro Schulden zu Buche. Und die Pensionsverpflichtungen des Landes Berlin – also die Pensionszusagen an die

Berliner Landesbeamten – belaufen sich auf insgesamt 65 Milliarden Euro. Was macht nun die Berliner CDU-SPD-Koalition daraus? Sie gibt dem Kind einfach einen anderen Namen und nennt die geplanten zehn Milliarden Euro „Klima“-Sonderschulden kurzerhand „Sondervermögen“. Ein Taschenspielertrick, den bereits die Bundesregierung erfolgreich praktiziert hat.

Und jetzt stellen Sie sich vor, wie Ihr Bankberater reagieren würde, wenn Sie ihm sagen, dass die Kredite für Ihre Wohnung ja keine Schulden sind, sondern ein Vermögen. Würde er Ihnen diesen Kredit noch geben?

DR. KRISTIN BRINKER

Hartherzigkeit gegenüber Pflegebedürftigen

Die Ignoranz und Inkompetenz unseres Gesundheitsministers sind kaum noch zu leugnen

Von den fünf Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden fast 84 Prozent von Familienmitgliedern oder Zugehörigen zu Hause versorgt. Zwei Drittel davon stützen sich sogar ausschließlich auf die Hilfs- und Opferbereitschaft ihrer Liebsten, ohne noch zusätzlich ambulante Dienste in Anspruch zu nehmen.

Diese Zahl steigt aufgrund der rasanten Zunahme älterer Menschen rapide! Wem es irgendwie möglich ist, der bleibt in der Lebensphase großer Verletzlichkeit und Abhängigkeit in seinen vertrauten vier Wänden, lassen sich doch der Erhalt der Alltagstätigkeiten und die Vermeidung von Infektionen dort am besten umsetzen.

Aber auch finanzielle Aspekte sprechen für die ambulante Pflege. Das betrifft nicht nur die Pflegekassen, sondern auch die Vermeidung hoher Zuzahlungen der Betroffenen in Pflegeheimen, wenn es denn eine Zunahme stationärer Pflegeplätze

zukünftig überhaupt geben wird.

Wer traut denn beispielsweise dem Senat von Berlin angesichts der bereits zu beklagenden massiven Mängel im Wohnungsbau, in Krankenhäusern und in der Verkehrsinfrastruktur überhaupt noch Baumaßnahmen zu?

Pflegebedürftigkeit und private Pflegeübernahme drohen zu einem Verarmungsrisiko zu werden.

Ein weiteres zunehmendes Defizit ist der Personalmangel. Also kommt der Pflege zu Hause eine entscheidende Bedeutung zu. An- und Zugehörige haben hier eine Schlüsselrolle.

Das gezahlte Pflegegeld gleicht dabei aber immer weniger die Kosten wie auch den entgangenen beruflichen Gewinn aus.

Und nun kommt die Bundesregierung und speist diejenigen, die mit ihrer Hingabe die sich vergrößernde Versorgungslücke in Grenzen halten, auf unverschämte Weise ab. Weit unterhalb der Geldentwertung liegt die magere Anhebung der vor Kurzem beschlossenen Pflegegelderhöhung!

Seit 2017 wurde diese Leistung nicht mehr an die Lebenshaltungskosten angepasst. Pflegebedürftigkeit und private Pflegeübernahme drohen zu einem Verarmungsrisiko zu werden.

Deutlicher können sich offensichtliche Ignoranz und Inkompetenz des Gesundheitsministers Lauterbach nicht zeigen.

Die AfD hat sich als Interessenvertreter der durch Pflege betroffenen Menschen positioniert. Wir fordern einen sofortigen Ausgleich der bisherigen Verluste und eine künftige Angleichung des Pflegegeldes an die jeweils aktuelle Inflation.

~CARSTEN UBBELOHDE

Für Berliner bauen!

Fertiggestellte Sozialwohnungen sind ausschließlich für „Flüchtlinge“ reserviert



In den letzten Jahren haben sich der Wohnungsmarkt und der Zugang zu Sozialwohnungen für berechtigte Berliner stets weiter verschlechtert. Während der Senat mit Volldampf modulare Flüchtlingsunterkünfte baut, kommt der Rest des Wohnungsbaus immer schlechter in Fahrt. Nun wird in Berlin der Zugang für Berliner im sozialen Wohnungsbau beschränkt, da die fertiggestellten Sozialwohnungen in Spandau und Neukölln ausschließlich durch sogenannte „Flüchtlinge“ bezogen werden.

Diese sollen dann frühestens nach drei Jahren für andere Bewerber offenstehen. Viele Berliner Familien leben bereits in prekären Wohnsituationen. Dadurch werden insbesondere Kinder zu Leidtragenden und ihre Entwicklung beeinträchtigt.

Für Berliner Familien muss der bevorrechtigte Zugang für den sozialen

Wohnungsbau selbstverständlich sein. Wird sich diese Situation in Zukunft verbessern? Offensichtlich nicht, denn die Anzahl der Sozialbauwohnungen wird in den nächsten Jahren weiter rückläufig sein.

Die aktuellen Förderprogramme des sozialen Wohnungsbaus gehören auf den

Prüfstand. Sie erreichen nicht die selbst gesteckten Ziele des Berliner Senates. Darüber hinaus wirken sich immer mehr Bürokratie und die unendliche Debatte über die Vergesellschaftung von privaten Wohnungsbaugesellschaften negativ auf die Attraktivität des Standortes Berlin aus.

Bauaktivitäten privater Investoren kommen so nahezu zum Stillstand. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften allein werden den dringend benötigten Wohnraum für die Berliner nicht schaffen können. Der soziale Frieden wird in Berlin gefährdet, wenn der Senat den Berlinern zusätzlich den Zugang zum neu geschaffenen sozialen Wohnraum verweigert.

Die vom Senat vorgegebene Wohnraumvergabepraxis der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften muss sofort zu Gunsten der Berliner Familien geändert werden! Insbesondere beim Wohnungsneubau müssen diese zuerst berücksichtigt werden, um eine Abwanderung aus Berlin zu verhindern.

~KARSTEN FRANCK

Unfug zum Quadrat – Redner*innen

„Quotierte Rednerlisten“ beschäftigen jetzt Parlamentsgremien



Foto: stock.adobe.com, contrastwerkstatt

In Ausschuss-Sitzungen in Parlamenten geht es zu wie in der Schule. Wenn sich mehrere Abgeordnete zu Wort melden, gilt das Prinzip „Wer sich als Erster meldet, kommt zuerst dran“. Das ist naheliegend, und es ist sogar festgeschrieben in einer Geschäftsordnung beziehungsweise in sogenannten Verfahrensregeln.

Es wird selten von diesem Prinzip abgewichen. Bei wichtigen Debatten wird manchmal auch nach Größe der Fraktionen das Wort erteilt. Oder die Reihenfolge wird so gestaltet, dass Regierung und Opposition abwechselnd sprechen. Diese beiden Regeln sind sinnvoll und beleben die Debatte.

**Quotierte Rednerliste:
Abwechselnd wird erst
einer Frau und danach einem
Mann das Wort erteilt, auch
wenn dieser sich vorher
gemeldet hat.**

Neu ist hingegen eine Regel, die eine Abgeordnete der Linkspartei im Ausschuss für Stadtentwicklung des Abgeordnetenhauses einführen wollte: eine quotierte Rednerliste, also eine Rednerliste unter Berücksichtigung einer 50-prozentigen Frauenquote.

Die neu gewählte Ausschuss-Vorsitzende nahm immer abwechselnd eine Frau und dann erst einen Mann dran, auch wenn dieser sich vorher gemeldet hatte. Sie will

nach eigener Aussage „männlich dominierte“ Debatten verhindern. Da raschelt die Emma.

Die anderen Fraktionen waren nicht begeistert, allerdings auch deshalb, weil sie das mehr oder weniger spontan gemacht hat. So als wäre es korrekt, so zu verfahren, wenn doch nur alles korrekt so beschlossen worden wäre.

Diese eigenartige Sitzungsleitung mit „quotierten Rednerlisten“ beschäftigt jetzt Parlamentsgremien. Es wird sogar ein wissenschaftliches Gutachten dazu geben. Daraus lernen wir: Die Abgeordneten in Berlin kümmern sich um die wirklich wichtigen Dinge und legen unser Geld gut an.

Aber Spaß beiseite: Diese Denkweise ist falsch. Frauen werden nicht benachteiligt, wenn sich Männer schneller zu Wort melden. Sie selbst können es auch tun und dann „weiblich dominierte Debatten“ führen. Andererseits wird eine Ordnung nicht dadurch „gerechter“, dass Kontingente eingeführt und akzeptierte Regeln ohne Not verkompliziert werden. Gender-Rednerlisten sind ein feministischer Irrweg.

~RONALD GLÄSER

Ampel-Vorteils-Deutschland:

**Staatsbürgerschaft
im Ausverkauf!**



NEU!

Einbürgerung jetzt schon

ab 3 Jahre

„besondere Integrationsleistung“

Ampel

Deutschland
Discounter



Wenn auch Sie der Meinung sind, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nicht verramscht werden darf, dann können Sie hier etwas dagegen tun: <https://nicht-so-billig.shop>

**Sie sind beruflich
oder privat stark
eingespannt?**

**Dann können Sie uns auch
durch eine
Fördermitgliedschaft
oder eine Spende
unterstützen:**

SPENDENKONTO:

AfD - Landesverband Berlin,
DE35 1005 0000 0191 1950 57
BELADEBEXXX

IMPRESSUM

Herausgeber AfD Landesverband
Berlin, Kurfürstenstraße 79, 10787
Berlin Verantwortlich im Sinne des
Presserechts Ronald Gläser
E-Mail lgs@afd.berlin

REDAKTIONSSCHLUSS 5. SEPTEMBER 2023

**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin

AfD

Landesverband
Berlin

